

II- 271 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. Jan. 1972 No. 178/J

A n f r a g e

der Abgeordneten NEUMANN, BURGER
und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Bergbauförderung und Energieplan

Die sozialistische Parlamentsfraktion hat bei der Behandlung des Kapitels Handel einen Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei auf bessere Dotierung der Bergbauförderungsmittel im Jahre 1972 abgelehnt. Dies trotz der Tatsache, daß im Budget nur insgesamt 68 Mio.S für die Bergbauförderung, davon nur 58 Mio. für den Kohlenbergbau, zur Verfügung stehen und allein die prognostizierten Defizite für dieses Jahr ca. 100 Mio.S betragen werden. Im Gegensatz dazu hat die ÖVP-Regierung in den Jahren 1966 - 1970 jährlich im Schnitt über 95 Mio.S für die Bergbauförderung bereit gestellt.

Eine Folge dieser geringen Dotierung der Bergbauförderung ist es, daß wichtige Investitionen im Bergbau nicht durchgeführt werden können, wie z.B. die Aufschließung des Zangtal-Unterflözes.

Von noch weit-reichenderer Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß das Lohnniveau in verschiedenen Bergbaubetrieben äußerst unbefriedigend ist. So beträgt der Durchschnittslohn bei der Zentralsortierung in Bärnbach nach Angaben der Betriebsräte S 17,65.

Trotz dieser Tatsache hat die GKB die Forderung der dortigen Beschäftigten, ihre Löhne um S 2,-- pro Stunde zu erhöhen, mit der Begründung abgelehnt, daß das notwendige Geld hierfür nicht vorhanden sei und die zuständige Gewerkschaftsführung hat die Haltung des Unternehmens gebilligt.

-2-

Das Ergebnis dieser ablehnenden Haltung war, daß Mitte Dezember 1971 300 Arbeiter der Bärnbacher Zentralsortierung in den Streik getreten waren.

Des weiteren wird von Bergleuten, selbst von sozialistischen Betriebsräten, sehr hart die Tatsache in der Öffentlichkeit kritisiert, daß der Energieplan, der bereits im Herbst 1969 von der damaligen ÖVP-Regierung dem Parlament zugeleitet worden ist, bis heute von der SPÖ-Regierung nicht aufgegriffen, geschweige denn behandelt worden ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

A n f r a g e :

- 1) Was ist die Ursache für die ablehnende Haltung der Bundesregierung bzw. der sozialistischen Fraktion, die Bergbauförderungsmittel des Bundes aufzustocken?
- 2) Haben Sie als zuständiger Minister für den Kohlenbergbau auf Ihre Amtskollegen bzw. auf den sozialistischen Parlamentsklub in dieser Frage Einfluß genommen?
- 3) Wenn nein, warum nicht?
- 4) Was werden Sie konkret unternehmen, damit es noch im Jahre 1972 zu einer höheren und wirkungsvollen Förderung des österreichischen Kohlenbergbaues kommt, um erstens notwendige Investitionen durchführen und zweitens den immer ihre Pflicht erfüllenden Bergleuten menschenwürdige und soziale Löhne bezahlen zu können?
- 5) Warum hat die Bundesregierung den für die Zukunft des Kohlenbergbaues so wichtigen Energieplan bis zur Stunde dem Parlament nicht vorgelegt?
- 6) Wann und in welcher Form soll dieses echte Versäumnis nachgeholt werden?